

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 26 | 01.07.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 157/2016 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der das **Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für Maschinen und für Sicherheitsbauteile für Maschinen** aktualisiert wird

[BGBl II 167/2016](#)

Verordnung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes betreffend den **Frauenförderungsplan für den Verwaltungsgerichtshof**

[BGBl II 170/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die spezielle Ausbildung für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (**Ausbildungsverordnung Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung** – AusbV-VT)

[BGBl II 172/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Energieeffizienz-Richtlinienverordnung** geändert wird

[BGBl III 115/2016 \(Anlage I\) \(Anlage II\) \(Anlage III\) \(Anlage IV\) \(Anlage V\) \(Anlage VI\) \(Anlage VII\) \(Anlage VIII\) \(Anlage IX\)](#)

Assoziierungsabkommen zwischen der **Europäischen Union** und der **Europäischen Atomgemeinschaft** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Georgien** andererseits

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 171 v 29.06.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über **Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert** oder zur Messung der **Wertentwicklung eines Investmentfonds** verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr 596/2014

[ABI L 171 v 29.06.2016, 66](#)

Verordnung (EU) 2016/1012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über die **Tierzucht- und Abstammungsbestimmungen für die Zucht, den Handel und die Verbringung in die Union von reinrassigen Zuchttieren und Hybridzuchtschweinen** sowie deren Zuchtmaterial und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 652/2014, der Richtlinien des Rates 89/608/EWG und 90/425/EWG sowie zur Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tierzucht („**Tierzuchtverordnung**“)

[ABI L 171 v 29.06.2016, 144](#)

Verordnung (EU) 2016/1013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 184/2005 betreffend die **gemeinschaftliche Statistik der Zahlungsbilanz**, des internationalen **Dienstleistungsverkehrs** und der **Direktinvestitionen**

[ABI L 171 v 29.06.2016, 153](#)

Verordnung (EU) 2016/1014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 575/2013 im Hinblick auf die **Ausnahmen für Warenhändler**

[ABI L 175 v 30.06.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 600/2014 über **Märkte für Finanzinstrumente**, der Verordnung (EU) Nr 596/2014 über **Marktmissbrauch** und der Verordnung (EU) Nr 909/2014 zur **Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen** in der Europäischen Union und über **Zentralverwahrer**

[ABI L 175 v 30.06.2016, 8](#)

Richtlinie (EU) 2016/1034 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 zur **Änderung der Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente**

[ABI L 176 v 30.06.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1035 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den **Schutz gegen schädigende Preisgestaltung im Schiffbau**

[ABI L 176 v 30.06.2016, 21](#)

Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den **Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern**

[ABI L 176 v 30.06.2016, 55](#)

Verordnung (EU) 2016/1037 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den **Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

09.06.2016, [E 543/2016](#)

B-VG; BFA-Verfahrensgesetz; Aufhebung des angefochtenen Beschlusses des BVwG wegen Anwendung einer verfassungswidrigen Gesetzesbestimmung

18.06.2016, [W I 8/2016](#); [W I 11/2016](#)

BundespräsidentenwahlG; Zurückweisung einer, nicht vom zustellungsbevollmächtigten Vertreter eines Wahlvorschlags eingebrachten, Anfechtung der **Bundespräsidenten-Stichwahl 2016** mangels Legitimation; abschließende Regelung über die **Anfechtungslegitimation** im BundespräsidentenwahlG

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 25.05.2016, [2013/06/0096](#)

AVG; **Anbringen per E-Mail** gelten nur dann als wirksam eingebracht, wenn sie tatsächlich bei der Behörde einlangen; etwaige **Fehler in der Adressierung** (in casu die Verwendung einer anderen als der von der Behörde in Entsprechung und unter ausdrücklicher Anführung des § 13 Abs 2 AVG im Internet kundgemachten E-Mail Adresse) gehen zu Lasten des Einschreiters; mangels Wirksamkeit der Einbringung liegt diesfalls auch **kein verbesserungsfähiger Mangel** vor

VwGH 25.05.2016, [Ra 2015/06/0095](#)

Stmk BauG; **VwGVG**; **Feststellung des rechtmäßigen Bestands** eines Stalls gem § 40 Abs 1 Stmk BauG; die Erlassung eines Feststellungsbescheids ist nur für bauliche Anlagen vorgesehen, die zwischen 1. Jänner 1969 und 31. Dezember 1984 errichtet wurden; die Baubehörde ging ggst unstrittig davon aus, dass der Stall der Rw vor dem 1. Jänner 1969 errichtet wurde; diesfalls ist die Durchführung eines Feststellungsverfahrens gesetzlich nicht vorgesehen; aufgrund der **Unzuständigkeit der Baubehörde** zur Erlassung des Feststellungsbescheids hätte das **LVwG den Bescheid ersatzlos aufheben** müssen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 07.06.2016, [W123 2112829-1](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; dem Allgemeinen SozialversicherungsG und auch der VO-EKO können im Hinblick auf die **ökonomische Evaluation** keine konkreten Regelungen zur **Bestimmung der zulässigen Breite des „Preisbandes“** entnommen werden; dies bedeutet jedoch noch nicht, dass es dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (HV) verwehrt wäre, im Rahmen des ihm eingeräumten Ermessens im Fall von unangemessenen Preisunterschieden einzuschreiten; eine **Preisdifferenz im Ausmaß von beinahe 80 %** des Produkts gegenüber dem günstigsten wirkstoffgleichen Produkt berechtigt (wenn nicht sogar verpflichtet) den HV jedenfalls zum Einschreiten

LVwG Oö 16.06.2016, [LVwG-850563](#)

Hebeanlagen-BetriebsVO; **AVG**; Untersagung der Verwendung eines in einer Betriebsanlage vorhandenen Aufzugs; **Heranziehung des Amts-SV auch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren**; die ggst Heranziehung des Amts-SV war nicht unsachlich, da die maßgebliche Schlussfolgerung, dass die an der Aufzugsanlage festgestellten Mängel zu schweren Unfällen führen können, nicht von ihm selbst gezogen wurde, sondern aus einem bereits zuvor erstellten Bericht des TÜV hervorgeht; zudem war die Herangehensweise des **Amts-SV erkennbar unbefangen**

LVwG Oö 28.06.2016, [LVwG-411274](#)

VwGVG; da eine **Amtsbeschwerde gegen ein Straferkenntnis** gem Art 130 Abs 1 Z 1 B VG theoretisch auch **zu Gunsten des Beschuldigten erhoben** werden könnte, ist eine solche auch dann nicht a limine als unzulässig zurückzuweisen, sondern vielmehr erst nach inhaltlicher Prüfung des gesamten Beschwerdevorbringens **als unbegründet abzuweisen**, wenn sich das Vorbringen im Ergebnis nicht aus inhaltlichen, sondern aus prozessualen Gründen als nicht zutreffend erweist; die Amtsbeschwerde könnte nämlich allenfalls auch dazu führen, dass das VwG den angefochtenen Bescheid aus anderen, nicht in der Beschwerde vorgebrachten, jedoch von ihm von Amts wegen aufzugreifenden Rechtsverstößen aufzuheben hat

LVwG Oö 28.06.2016, [LVwG-490012](#)

GlücksspielG; **VwGVG**; der **Lauf der in § 56a Abs 6 GlücksspielG normierten Höchstfrist** von einem Jahr, nach der ein Bescheid, der über eine gem § 56a Abs 1 leg cit verfügte Verpflichtung zur Schließung eines Betriebs ergangen ist, seine Wirksamkeit verliert, wird **durch eine Aussetzung des Verfahrens gem § 34 Abs 3 VwGVG nicht unterbrochen**; da somit

ggst die Verpflichtung des Bf zur Schließung seines Betriebs nicht mehr besteht, ist infolge entsprechende rechtlicher Akzessorietät auch die zur Erzwingung der Schließung angeordnete Beugestrafe als weggefallen anzusehen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 17.05.2016, [LVwG-AV-1121/001-2015](#)

NÖ NaturschutzG; kein Antragsrecht des Grundeigentümers auf Einleitung eines **Widerrufsverfahrens** hinsichtlich eines bestehenden **Naturdenkmals** nach dem NÖ NaturschutzG; die Anzeigepflicht gem § 12 Abs 7 NÖ NaturschutzG, wonach der Eigentümer oder Verfügungsberechtigte eines Naturdenkmals jede Gefährdung, Veränderung oder Vernichtung des Naturdenkmals sowie die Veräußerung des in Betracht kommenden Grundstücks der Behörde unverzüglich anzuzeigen hat, kann keinesfalls mit einem Antragsrecht, also mit dem Rechtsanspruch auf Sachentscheidung aufgrund eines rechtmäßigen Verfahrens verbunden mit einer entsprechend umfassenden Parteistellung, gleichgesetzt werden

LVwG Tirol 16.06.2016, [LVwG-2015/44/1078-12](#)

Tir NaturschutzG; Tir NaturschutzVO; ein absichtliches Handeln iSd der Verbotstatbestände des § 23 Tir NaturschutzG iVm § 2 Tir NaturschutzVO liegt anders als bei der strafrechtlichen Absichtlichkeit bereits dann vor, wenn die **Verwirklichung** des maßgeblichen Sachverhalts **billigend in Kauf genommen** wird

LVwG Wien 07.06.2016, [LVwG-2016/20/1071-3](#)

KrafffahrG; nach dem Wortlaut des § 134 Abs 4b KrafffahrG ist lediglich die **Beschlagnahme eines Krafffahrzeugs** (und nicht eines Anhängers) möglich; die Begriffsbestimmungen des § 2 Abs 1 KrafffahrG sehen eine klare Unterscheidung zwischen Krafffahrzeug und Anhänger vor, sodass sich eine Auslegung, wonach § 134 Abs 4a KrafffahrG auch eine Beschlagnahme einer Fahrzeugkombination bestehend aus LKW und Anhänger ermöglichen würde, verbietet

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[29.06.2016, Rs C-486/14, Kossowski](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Übereinkommen zur **Durchführung des Übereinkommens von Schengen** – Art 54 und 55 Abs 1 Buchst a – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 50 – Grundsatz ‚ne bis in idem‘ – Zulässigkeit der Strafverfolgung eines Angeschuldigten in einem Mitgliedstaat, nachdem das in einem anderen Mitgliedstaat gegen ihn eingeleitete Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft ohne eingehende Ermittlungen abgeschlossen wurde – **Keine Prüfung in der Sache**

[30.06.2016, Rs C-648/13, Kommission / Polen](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der Wasserpolitik – Richtlinie 2000/60/EG – **Überwachung des ökologischen** und des **chemischen Zustands** von **Oberflächengewässern** – **Bewirtschaftungspläne** für die Einzugsgebiete

[30.06.2016, Rs C-200/14, Câmpean](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit** – **Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität** – Nationale Regelung, die Modalitäten für die Erstattung zu Unrecht erhobener Steuern mit Zinsen festlegt – **Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen** über solche **Ansprüche auf Erstattung, die sich aus der Unionsrechtsordnung herleiten** – Ratenweise Erstattung über fünf Jahre – Erstattung unter der Bedingung, dass Mittel aus einer Steuererhebung vorhanden sind – **Keine Möglichkeit der Zwangsvollstreckung**

[30.06.2016, Rs C-115/15, NA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 20 und 21 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Art 13 Abs 2 Unterabs 1 Buchst c – Verordnung (EWG) Nr 1612/68 – Art 12 – **Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen eines Unionsbürgers** – Ehe zwischen einem Unionsbürger und einem Drittstaatsangehörigen – Gewalttaten in der Ehe – **Scheidung nach dem Wegzug des Unionsbürgers** – **Aufrechterhaltung des Aufenthaltsrechts** des das **Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder**, die Unionsbürger sind, **wahrnehmenden Drittstaatsangehörigen**

[30.06.2016, Rs C-123/15, Feilen](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerwesen** – **Freier Kapitalverkehr** – Erbschaftsteuer – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine Ermäßigung der Erbschaftsteuer für einen Nachlass vorsieht, der Vermögen enthält, das bereits im selben Mitgliedstaat unter Erhebung dieser Steuer übertragen wurde – Beschränkung – Rechtfertigung – **Kohärenz des Steuersystems**

[30.06.2016, Rs C-134/15, Lidl](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 543/2008 – **Landwirtschaft** – **Gemeinsame Marktorganisation** – Vermarktungsnormen – **Frisches Geflügelfleisch in Fertigpackungen** – Verpflichtung zur Angabe des Gesamtpreises und des Preises je Gewichtseinheit auf der Verpackung oder auf einem daran befestigten Etikett – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 16 – **Unternehmerische Freiheit** – Verhältnismäßigkeit – Art 40 Abs 2 Unterabs 2 AEUV – **Nichtdiskriminierung**

[30.06.2016, Rs C-176/15, Riskin und Timmermans](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 und 65 AEUV – Art 4 EUV – Direkte Besteuerung – Besteuerung von Dividenden – **Bilaterales Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung** – Drittstaat – Geltungsbereich

[30.06.2016, Rs C-178/15, Sobczyszyn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub – Lehrer – Genesungsurlaub – **Zeitlich mit einem Genesungsurlaub zusammenfallender Jahresurlaub** – Anspruch auf Jahresurlaub in einem anderen Zeitraum

[30.06.2016, Rs C-205/15, Toma und Biroul Executorului Judecătoresc Horațiu-Vasile Cruduleci](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 47 – **Recht auf Zugang zu einem Gericht** – **Grundsatz der Waffengleichheit** – **Grundsätze der Äquivalenz** und der **Effektivität** – Zwangsvollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung, mit der die Erstattung einer unter Verstoß gegen das Unionsrecht erhobenen Steuer angeordnet wird – Befreiung der Behörden von bestimmten Gerichtsgebühren – **Zuständigkeit des Gerichtshofs**

[30.06.2016, Rs C-270/15 P, Belgien / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Beihilfen der belgischen Behörden** zur **Finanzierung von Screening-Tests** zur **Untersuchung auf transmissible spongiforme Enzephalopathien bei Rindern** – **Selektiver Vorteil** – Beschluss, mit dem diese Beihilfen für teilweise unvereinbar mit dem Binnenmarkt erklärt wurden

[30.06.2016, Rs C-416/15, Selena România](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 13 – Umgehung – Durchführungsverordnung (EU) Nr 791/2011 – **Offenmaschige Gewebe aus Glasfasern mit Ursprung in der Volksrepublik China** – **Anti-dumpingzölle** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 437/2012 – Versand aus Taiwan – Einleitung einer Untersuchung – Durchführungsverordnung (EU) Nr 21/2013 – Ausweitung des Antidumpingzolls – Zeitlicher Anwendungsbereich – **Rückwirkungsverbot** – **Zollkodex der Gemeinschaften** – **Nacherhebung von Einfuhrabgaben**

[30.06.2016, Rs C-464/15, Admiral Casinos & Entertainment](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Glücksspiel** – **Regelung eines Mitgliedstaats**, die ein **strafbewehrtes Verbot** enthält, **Glücksspielautomaten mit niedrigen Gewinnen** („kleines Glücksspiel“) **ohne** eine von der **zuständigen Behörde erteilte Erlaubnis zu betreiben** – Beschränkung – Rechtfertigung – Verhältnis-

mäßigkeit – Beurteilung der Verhältnismäßigkeit auf der Grundlage sowohl der Zielsetzung der Regelung im Moment ihres Erlasses als auch ihrer Auswirkungen während ihrer Durchführung – Empirisch mit Sicherheit festzustellende Auswirkungen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[28.06.2016, Rs C-292/15, Hörmann Reisen \(GA Sharpston\)](#)

Öffentliche Aufträge – **Öffentliche Personenverkehrsdienste mit Omnibussen** – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – Art 4 Abs 7 – Vergabe von Unteraufträgen – Verpflichtung des Betreibers des öffentlichen Dienstes, einen bedeutenden Teil der öffentlichen Personenverkehrsdienste selbst zu erbringen – Umfang – Art 5 Abs 1 – Vergabeverfahren – **Vergabe des öffentlichen Auftrags nach Maßgabe der Richtlinie 2004/18/EG**

[28.06.2016, Rs C-304/15, Kommission / Vereinigtes Königreich \(GA Bobek\)](#)

Vertragsverletzung – Richtlinie 2001/80/EG zur **Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft** – Art 4 Abs 3 – Anhang VI Abschnitt A Fn 3 – Anwendungsbereich der Ausnahme – Aberthaw Power Station – Voraussetzungen

[30.06.2016, Rs C-51/15, Remondis \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 4 Abs 2 EUV – Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, wie sie in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt – **Interne Organisation der Mitgliedstaaten – Gebietskörperschaften** – Rechtsinstrument zur Gründung einer neuen Einrichtung des öffentlichen Rechts und zur Regelung der Übertragung von Befugnissen und Zuständigkeiten für die Ausführung öffentlicher Aufgaben – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 2 Buchst a – **Begriff des ‚öffentlichen Auftrags‘**

[30.06.2016, Rs C-171/15, Connexion Taxi Services \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Öffentliche Aufträge – Auswahlverfahren – Qualitative Auswahlkriterien – Fakultative Ausschlussgründe – Schwere berufliche Verfehlung – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – In der Beschreibung nicht genanntes Ermessen – Umfang der gerichtlichen Nachprüfung

[30.06.2016, Rs C-243/15, Lesoochranárske zoskupenie VLK \(GA Kokott\)](#)

Umwelt – **Übereinkommen von Aarhus** – Verwaltungsverfahren zur Genehmigung eines Vorhabens – **Antrag einer Vereinigung zum Schutz der Umwelt auf Anerkennung als Verfahrensbeteiligte** – Abschluss des Genehmigungsverfahrens vor der Entscheidung über den Antrag – Rechtsschutz gegen die Entscheidung – **Effektiver Rechtsschutz**

[30.06.2016, Rs C-276/15, Hecht-Pharma \(GA Szpunar\)](#)

Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – Anwendungsgebiet – Art 2 Abs 1 und Art 3 Nrn 1 und 2 – **Arzneimittel, die gewerblich zubereitet werden** oder bei deren Zubereitung ein **industrielles Verfahren** zur Anwendung kommt – **Ausnahmen** – In der Apotheke nach Vorschrift einer Pharmakopöe zubereitete Arzneimittel

[30.06.2016, Rs C-340/15, Nigl ua \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie – Art 4 Abs 1 und 4 sowie Art 25 – Richtlinie 2006/112/EG – Art 9 bis 11 und 296 – **Begriff des Steuerpflichtigen – Selbständig ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit** – Gesellschaften bürgerlichen Rechts, die Waren unter einem gemeinsamen Handelsnamen und unter Vermittlung durch eine Handelsgesellschaft liefern – **Versagung der Eigenschaft als Steuerpflichtige** – Gemeinsame Pauschalregelung für landwirtschaftliche Erzeuger – **Ausnahme von der Pauschalregelung**

[30.06.2016, Rs C-443/15, Parris \(GA Kokott\)](#)

Grundrechte – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Diskriminierung wegen des Alters und wegen der sexuellen Ausrichtung – Mehrfachdiskriminierung – **Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft** – Betriebsrente – **Hinterbliebenenrente – Versorgung des überlebenden Ehegatten oder Lebenspartners** – Erfordernis der Heirat

oder der Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft vor Vollendung des 60. Lebensjahrs – Entgegenstehende Hindernisse im innerstaatlichen Recht

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

30.06.2016, Beschwerde Nr. [51362/09](#), *Taddeucci und McCall / Italien*

Verletzung von Art 14 (Diskriminierungsverbot) iVm Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); un gerechtfertigte **Diskriminierung** aufgrund der **sexuellen Orientierung** durch **Verweigerung einer Aufenthaltsgenehmigung** aus familiären Gründen für das bf **homosexuelle Paar**; homosexuelles Paar zum Zeitpunkt der Beschwerde in keiner vergleichbaren Situation wie unverheiratete heterosexuelle Paare, da in Italien weder eine Eheschließung noch sonstige rechtliche Anerkennung der Beziehung für Homosexuelle möglich ist

28.06.2016, Beschwerde Nr. [63034/11](#), *Halime Kılıç / Türkei*

Verletzung von Art 2 (Recht auf Leben) und Art 14 (Diskriminierungsverbot) iVm Art 2 EMRK; Bf wurde **von ihrem Ehemann getötet**, trotz mehrerer Anzeigen und einstweiliger Verfügungen aufgrund seiner wiederholten Angriffe und Drohungen gegen sie; **fehlende Sanktionierung** des Verstoßes gegen die einstweiligen Verfügungen; **unzureichender Schutz der Bf** vor erneuten Angriffen seitens des Ehemanns

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.